

fließen verstärkt ökonomische Inhalte in den Unterricht ein. Dies widerspricht dem Emanzipations- und Teilhabegedanke an der Gesellschaft, den die GEW in den Mittelpunkt stellt!

So konnte eine Bildungspolitik Einzug halten, die zu kennzahlengestützten Standardisierungen, zu Budgetierung, Ranking, Wettbewerb und Konkurrenz im Bildungssystem führt. Auch unter diesem Aspekt ist 2003 die Rückstufung der Eingangsbesoldung von Grund- und Mittelstufenlehrkräften auf A12 bzw. E11 zu betrachten. Damit wurde die Konkurrenz auch innerhalb der

Kollegien geschürt.

Die OECD hat auf alle Bildungsbereiche Einfluss genommen. Im Hochschulbereich hat das OECD-System ebenfalls Einzug gehalten: Bologna-Prozess, Bachelor und Master, ECTS-Points usw.

Neu ist der KiTa-Bereich: Jetzt beginnen erste Feldtests in der Frühkindlichen Bildung, die 2017/18 im größeren Stil weitergehen sollen. Selbstregulation, Sprechen und Kommunikation, frühe mathematische Kenntnisse, Feinmotorik, Konzentrationsfähigkeit, Empathie und Verantwortungsgefühl sind dabei die

Stichworte. Es ist zu vermuten, dass dahinter die Vorstellung von „well functioning kids“ steht, die dabei herauskommen sollen.

Auf allen Ebenen mischt sich die OECD in die Bildungspolitik ein, ohne dass sie legitimiert ist. Bildungspolitik muss von demokratisch gewählten Institutionen verantwortet werden, nicht von der OECD. Bildungspolitische Entscheidungen vor Ort bedürfen der Mitwirkung und Mitbestimmung aller. Bildung ist ein Menschenrecht!

ANJA BENSINGER-STOLZE, GEW
Vorsitzende Hamburg

BESOLDUNG

Neuer Bündnispartner?



Foto: GEW

Die GEW Hamburg hat eine Unterschriftenaktion zu der Forderung „Ich habe A13 verdient und will es jetzt auch haben!“ abgeschlossen und die Unterschriften von gut 1500 Betroffenen an die Schulbehörde übergeben. V.l.n.r.: Carsten Arnheim (Mitglied im GPR), Landesschulrat Torsten Altenburg-Hack, Matias Töpfer (Mitglied im Vorstand des GPR), Sven Quiring (2. stellvertretender Vorsitzender der GEW), Anja Bensinger-Stolze (Vorsitzende der GEW), Dirk Mescher (Geschäftsführer der GEW), Bine Bielefeld (GS-Lehrerin)

Die GEW verlangt, dass der Beruf der Grundschullehrerinnen aufgewertet wird und die Lehrerinnen deutlich besser als bisher bezahlt werden. Dabei schien unser Landesschulrat Torsten Altenburg-Hack (Zweiter von links) unserer Forderung durchaus zugeneigt. Hoffen wir mal, dass er den Senator oft genug im richtigen Moment daran erinnert.

„Der Grundstein für gute Bildung wird bei den Kleinsten gelegt – trotzdem erkennt Deutschland

die wertvolle Arbeit der Grundschullehrer_innen immer noch nicht ausreichend an. Nicht zuletzt mit der Inklusion sind die Anforderungen an die pädagogische Arbeit an Grundschulen kontinuierlich angestiegen. Entsprechend ist das Anforderungsprofil an die Grundschullehrer_innen hoch – darum machen sie sich jetzt gemeinsam für die materielle Anerkennung ihrer professionellen Arbeit stark“, so Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Aus: PE der GEW v. 29.11.2016/JG